



Fachbereich Bauen und Umwelt	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Bartscht, Stefan Datum: 30.04.2015	Bericht	2015/120
	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	

Beratungsgegenstand:

Bericht über die Rüstungsaltplastverdachtsfläche Ölhof in Bleckede

Produkt/e:

537-200 Ordnungsaufgaben nach Abfallrecht

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
--------	-------	---------

Ö	13.05.2015	Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 u. Verbraucherschutz
---	------------	--

Anlage/n:

- keine

Beschlussvorschlag:

Keine Beschlussfassung erforderlich - Berichtsvorlage

Sachlage:

Zwischen 1917 und 1944 ließ die Kriegsmarinewerft Wilhelmshaven in einem Waldgebiet am Bleckeder Stadtrand (Ölhof) insgesamt 34 unterirdische Lagerbehälter bauen, in denen unterschiedliche Stoffe gelagert wurden. Nach 1945 wurden die Tanks demontiert und gesprengt. Im Jahr 1954 wurde in Brunnen in der Nähe des Ölhofes eine Grünfärbung des Trinkwassers festgestellt. Viele Hausbrunnen zur Trinkwasserversorgung wurden daher seinerzeit geschlossen und in Bleckede eine zentrale Trinkwasserversorgung eingeführt.

Erst im Jahr 1987 wurde das Thema „Rüstungsaltplasten“ in Niedersachsen grundsätzlich erörtert und aufgegriffen. Aufgrund dessen wurde auch für den Ölhof Bleckede seinerzeit ein Gutachten zur Dokumentation durch den TÜV Hannover erstellt (Gutachten vom 22.01.1991). Schwerpunktartig wurde die Historie und eine Luftbilddauswertung zusammengestellt. Außerdem wurden Handlungsempfehlungen für weitergehende Untersuchungen gegeben. Obwohl sich hieraus weiterer Untersuchungsbedarf ergab, wurde dies aufgrund fehlender finanzieller Mittel seitens des Landes und des Bundes bis heute nicht weiter verfolgt.

Am 25.03.2015 berichtete die Landeszeitung über die Altlast. Nach telefonischer Auskunft der Flächeneigentümerin, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, soll nunmehr zeitnah eine

weitergehende Erkundung der Altlast erfolgen und sich daraus möglicherweise ergebender Handlungsbedarf ermittelt werden.

Zum Sachstand und weiteren Vorgehen trägt die Verwaltung in der Sitzung vor.